

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Grundstein Deutsch – der Schlüssel zum Bildungserfolg: Eine Qualitäts-offensive zur Sprachförderung jetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Sprachkompetenz bei Kindern und Jugendlichen ist die zentrale Grundlage für eine gelingende Schullaufbahn. Wer in die Grundschule kommt, muss Deutsch können und wer die Grundschule verlässt, muss lesen und schreiben können.

Ohne Verständnis der deutschen Sprache erschließen sich auch alle anderen Fächer nicht, von der Mathematik zu den Naturwissenschaften, von den Fremdsprachen über die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer bis hin zu den musischen Fächern und vielen mehr.

Tatsächlich aber beherrschen immer weniger Kinder die deutsche Sprache. So hat sich allein die Zahl der Kinder im Saarland mit unzureichenden Deutschkenntnissen in der Klassenstufe 1 der Grundschule in den letzten acht Jahren fast vervierfacht, wie die Antwort der Landesregierung zur Sprachförderung zeigt.

Die IGLU-Studie dieses Jahres belegt, dass ein Viertel der Viertklässler in der Grundschule beim Lesen nicht die Mindeststandards erfüllt. Diese Kinder können sich weder die wichtigsten Informationen eines Textes erschließen, geschweige denn Zusammenhänge erfassen und interpretieren.

Der jüngste IQB-Bildungstrend vom Sommer 2023 legt offen, dass jeder dritte Neuntklässler die Deutsch-Mindeststandards verfehlt.

Diese verheerenden Ergebnisse erfordern schnelles und konsequentes Handeln. Sie zeigen, dass im SPD-geführten Bildungsministerium in den letzten Jahren viel zu wenig getan wurde. Statt das erfolgreiche Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“, das ganz gezielt die Lücken in den deutschen Sprachkenntnissen schließen half, entsprechend dem steigenden Bedarf weiter auszubauen, stampft die Landesregierung es ein. Statt passgenauer, bedarfsgerechter Sprachförderung für die, die es dringend brauchen, wird jetzt pauschal nach dem Gießkannenprinzip gefördert. Vor allem Kinder ohne Kita-platz fallen so völlig durchs Raster. So haben im Landkreis Neunkirchen über 20 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren keinen Platz in einem Kindergarten.

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) hat am 9. Dezember 2022 ein Gutachten „Basale Kompetenzen vermitteln – Bildungschancen sichern. Perspektiven für die Grundschule“ vorgelegt. Darin fordert sie die „Testung auf einen zusätzlichen Förderbedarf grundsätzlich aller Kinder, also auch der Nicht-Kita-Kinder und der Kinder in Kindertagespflege. Dafür ist eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Ein Förderbedarf muss grundsätzlich in eine verbindliche Förderung münden, auch für Kinder ohne institutionelle Betreuung. Hierbei sind sowohl die Angebotsstrukturen als auch die juristischen Voraussetzungen zur verbindlichen Förderung aller Kinder mit Förderbedarf zu prüfen und ggf. zu schaffen“ (Seite 39f).

Die SPD-Landesregierung sollte sich diesem klaren Votum aus der Wissenschaft nicht weiter verschließen.

Einige Bundesländer in Deutschland haben sich bereits auf den Weg gemacht, den die SWK empfiehlt.

So hat das Land Hessen schon seit 2020 eine verpflichtende Teilnahme an vorschulischen Sprachkursen bei Kindern mit entsprechendem Bedarf eingeführt, sei es am Grundschulstandort oder in der Kita. Hier finden Vorlaufkurse statt, die dazu geführt haben, dass Hessen die zweitgeringste Schulabbrecherquote aller Bundesländer hat. Berlin, Bremen und Bayern wollen dem Beispiel folgen. Berlin hat dazu im Oktober ein Programm „Kita-Chancenjahr“ an den Start gebracht.

Hamburg setzt die Sprachstandfeststellung schon bei viereinhalbjährigen Kindern an und bei entsprechend festgestellten Defiziten beginnt hier die Schulpflicht schon ein Jahr früher.

Und auch im Primarbereich gehen einige Bundesländer neue Wege wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, das in diesem Schuljahr verbindliche Lesezeiten in der Grundschule eingeführt hat.

Auch im Saarland muss der Grundsatz „Deutsch vor der Einschulung“ endlich eine größere Priorität erhalten und muss durch Reformen der Sprachförderung flächendeckend sichergestellt werden, auch für Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, wie dies die SWK ausdrücklich fordert.

Daher fordert der Landtag die saarländische Landesregierung auf:

1. das Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ sofort wieder aufzunehmen und ein flächendeckendes Angebot im gesamten Saarland sicher zu stellen,
2. alle verfügbaren Ressourcen in den Zeiten des Fachkräftemangels zur Gewinnung von Lehrkräften zu nutzen und auch Kooperationen mit Trägern der Erwachsenenbildung und anderen Einrichtungen zu prüfen, die Erfahrungen mit Sprachförderung und mit Deutsch als Fremdsprache haben, um Lehrer und Lehrerinnen besser zu unterstützen und den Schülern und Schülerinnen die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen,

3. die Sprachstandfeststellungen nach dem Modell Hamburgs früher aufzunehmen und Sprachförderung schon vor dem Eintritt in die Grundschule verpflichtend zu machen, auch für Kinder, die keinen Kindergarten besuchen,
4. Willkommensklassen an den weiterführenden Schulen einzurichten, um den ankommenden Flüchtlingskindern und Jugendlichen ein schnelleres Deutschlernen zu ermöglichen und sie fit für die Regelbeschulung zu machen,
5. Sprachförderklassen zur weiteren gezielten Sprachförderung auch in der Grundschule flächendeckend im gesamten Saarland einzuführen, um auch Kinder mit Sprachbehinderungen kontinuierlich weiter zu fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.